

Aufbaus der sozialistischen Wohnstadt Schwedt bisher nicht gerecht geworden ist.

Um die sozialistische Gesetzlichkeit in der Leitungstätigkeit des Bezirksbauamtes durchzusetzen, bitte ich, bei der Behandlung des Bauwesens in der Sitzung des Rates des Bezirks zur Verantwortlichkeit des Bezirksbaudirektors Stellung zu nehmen. Dazu halte ich es für erforderlich, Schlußfolgerungen zur Erhöhung der Verantwortung des Bezirksbauamtes bei der Verwirklichung der Ordnung über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Bezirkstages und seiner Organe und des Beschlusses des Ministerrates über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens vom 4. Juni 1959 zu ziehen.

Ich bitte um Ihre Stellungnahme zu diesem Hinweis und um Mitteilung der Maßnahmen, die zur Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit in der Leitungstätigkeit des Bezirksbauamtes getroffen wurden.

#### Anmerkung:

Beim Leiter der Oberbauleitung Schwedt wurde nach § 13 Abs. 2 StAG Einspruch eingelegt, weil er seine gesetzlichen Pflichten im Hinblick auf die Mitwirkung der Bauarbeiter an der Leitung des Betriebes verletzt hat. Das traf auch für die leitenden Mitarbeiter im Bereich der Oberbauleitung zu und kam vor allem zum Ausdruck bei

der Förderung der Masseninitiative der Bauarbeiter im Produktionsaufgebot zur Verwirklichung des deutschen Friedensvertrages, der Beachtung der Erfahrungen und Vorschläge der Werktätigen, der Förderung des sozialistischen Wettbewerbs und der Unterstützung und Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und bei der Erhöhung der sozialistischen Arbeitsdisziplin.

Diese Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit führten zu Widersprüchen zwischen der Aktivität der Bauarbeiter und dem Niveau der Leitungstätigkeit und zwischen der planmäßigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Durchschnittslohn. Die Gesetzesverstöße waren wesentliche Ursachen für die Nichterfüllung der staatlichen Aufgaben beim Aufbau der sozialistischen Wohnstadt Schwedt.

Der Oberbauleiter ließ grobe Verstöße gegen folgende Gesetze zu: Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1959 bis 1965 vom 1. Oktober 1959 (GBl. I S. 703); Gesetzbuch der Arbeit der DDR vom 12. April 1961 (GBl. I S. 27); Erlaß des Staatsrates über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane vom 27. Februar 1961 (GBl. I S. 7); Beschluß des Ministerrates über die Förderung der Masseninitiative zur Aufdeckung und Beseitigung von Zeitverlusten mit Hilfe der Seifert-Methode vom 22. Januar 1959 (GBl. I S. 56); Beschluß des Ministerrates über den Plan der sozialistischen Umwälzung des Bauwesens vom 4. Januar 1959.

Beim Direktor des VEB Bezirks-Bau-Union Frankfurt (Oder) wurde wegen Verletzung derselben Gesetze ein weiterer Einspruch eingelegt.

Die Mitarbeiter der Oberbauleitung haben den Einspruch sehr kritisch erörtert. In der Aussprache erkannten sie, daß die ungenügende Beachtung der Prinzipien der sozialistischen Leitungstätigkeit zu ersten Widersprüchen in der Organisation der Produktion geführt hat. Gegenwärtig wird im Bereich der Oberbauleitung Schwedt unter Einbeziehung aller Bauschaffenden eine ökonomische Konferenz vorbereitet. Dazu sind

Arbeitsgruppen gebildet worden, die mit den Werktätigen die Konferenz vorbereiten. Zur Qualifizierung der leitenden und mittleren Kader begannen im Februar die Schulung der Ingenieure, ein Grundlehrgang für politische Ökonomie für das Bauleitungspersonal und ein Lehrgang für das technisch-ökonomische Personal. Drei sozialistische Arbeitsgemeinschaften haben inzwischen die Arbeit aufgenommen. Ebenso sind die Voraussetzungen für die sorgfältige Eingabenbearbeitung geschaffen worden. Diese Beispiele zeigen, daß Ansätze zu wesentlichen Veränderungen im Bereich der Oberbauleitung Wohnungsbau Schwedt vorhanden sind.

Auch nach der Stellungnahme des Direktors der Bezirks-Bau-Union führte der Einsatz und der Einspruch zu grundlegenden Auseinandersetzungen. Der Einspruch wurde als Hilfe für die Verbesserung der Leitungstätigkeit angesehen, in der Stellungnahme des Direktors der Bezirks-Bau-Union heißt es dazu:

„Mit den falschen Tendenzen bei einigen leitenden Mitarbeitern, diese Einsprüche als ‚Anklage‘ zu werten, bzw. mit den Versuchen, einige darin aufgeführte Einzelheiten ... überzubetonen, haben wir uns auseinandergesetzt. Es darf eingeschätzt werden, daß — ausgelöst durch den Einspruch — in der Direktion der Anfang für eine notwendige Änderung und Verbesserung der Leitungstätigkeit... gemacht wurde.“

Der Einsatz und die damit verbundenen Aussprachen mit den Werktätigen in Schwedt haben auch dazu beigetragen, eine stabile Oberbauleitung zu schaffen und die Bereitschaft bei leitenden Kadern zu wecken, in Schwedt zu arbeiten und auch ihren Wohnsitz nach dort zu verlegen.

Neben den Einsprüchen an die Bauleitung hielten wir aber auch den hier abgedruckten Hinweis an den Rat des Bezirks Frankfurt (Oder) für erforderlich, weil offensichtlich von den Fachabteilungen des Rates, insbesondere dem Bezirksbauamt, noch nicht auf der Grundlage der neuen Ordnungen gearbeitet wurde.

Der Leiter der Brigade nahm darüber hinaus in einer Sitzung des Rates des Bezirks zu dem Hinweis Stellung und sprach besonders über die Durchsetzung der neuen Ordnungen und die unzureichende Unterstützung der ständigen Kommissionen durch leitende Staats- und Wirtschaftsfunctionäre.

Der Rat des Bezirks erkannte den Hinweis an und legte eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit, insbesondere des Bezirksbauamtes, fest. Gleichzeitig beschloß er, daß das Material der Staatsanwaltschaft umfassend in allen Fachabteilungen und mit den Leitern der Kreisbauämter auszuwerten ist.

Jetzt kommt es u. a. darauf an, daß die Staatsanwaltschaft in Frankfurt (Oder) dazu beiträgt, daß der Kampf um die Überwindung der Gesetzesverletzungen im Bauwesen unter breiter Einbeziehung der Werktätigen konsequent fortgesetzt wird. Der Einsatz der Brigade des Generalstaatsanwalts hat gezeigt, daß es nicht auf eine formale Gesetzlichkeitskontrolle ankommt, sondern daß man den tiefen Inhalt unserer Gesetze gleichzeitig erläutern muß. Die Überzeugungskraft und Wirksamkeit unserer Arbeit ist um so größer, je besser wir es verstehen, auf der Grundlage der politischen Hauptfragen der gegenwärtigen Periode die Zusammenhänge zwischen Gesetzesverletzungen und den politisch-ideologischen und ökonomischen Ursachen aufzudecken und die Werktätigen für den Kampf zu ihrer Überwindung zu mobilisieren.

Annemarie Grevenrath,  
Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR